

## Festvortrag

der Gedenkstätte Deutscher Widerstand am 19. Juli 2018 um 20:00 Uhr

in der St. Matthäus-Kirche

anlässlich des 74. Jahrestages des 20. Juli 1944

– Prof. Dr. Michael Schneider –

Titel: „Lange unterschätzt: Der Widerstand aus der Arbeiterbewegung im Zweiten Weltkrieg“

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sie wissen es – zumal wenn Sie den Gedenkvortrag von Wolfgang Benz im Jahre 2014 zum Umgang mit der Widerstands-Erinnerung gehört haben: Allzu lange war, wenn in der Bundesrepublik Deutschland vom Widerstand gegen den Nationalsozialismus gesprochen wurde, zumeist allein vom Attentat am 20. Juli 1944 die Rede. Widerstand, so schien es, war eine Sache der alten Eliten – von Adeligen, Militärs und konservativen Politikern. Dass an den Planungen für die "Zeit danach" auch Mitglieder der Arbeiterbewegung beteiligt waren, wurde oftmals übersehen. Und dass aus der unterdrückten und verfolgten Arbeiterbewegung schon Widerstand geleistet worden war, als sich manche der Verschwörer vom 20. Juli noch in das nationalsozialistische Herrschaftssystem einordneten, fand im öffentlichen Bewusstsein der Bundesrepublik der 1950er und 1960er Jahre kaum und danach eher zögerlich Widerhall. In der früheren DDR wurde der Widerstand gegen das "Dritte Reich" demgegenüber als eine Domäne der Kommunisten betrachtet; dass von Angehörigen *aller* Zweige der Arbeiterbewegung Widerstand geleistet worden ist, passte nicht ins „herrschende“ Geschichtsbild, das erst Ende der 1980er Jahre offener auch für die Würdigung nicht-kommunistischer Widerstandskämpfer und -kämpferinnen wurde.

Die perspektivischen Verengungen der Erinnerung gehören inzwischen weitgehend der Vergangenheit an. An deren Überwindung aktiv mitgewirkt zu haben, das ist eines der großen Verdienste der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und auch der Tagungen der Forschungsgemeinschaft 20. Juli. So wird man nicht mehr davon sprechen können, dass der Widerstand aus der zerschlagenen Arbeiterbewegung ein „vergessener Widerstand“ sei. Doch er droht immer wieder, schaut man auf die breitere Öffentlichkeit, in *Vergessenheit zu geraten*, und zwar angesichts der vom politischen Gedenkkalender und von den Medien begünstigten Konzentration vor allem auf die dramatischen Ereignisse und herausragenden Akteure des 20. Juli 1944. Und außerdem wird man wohl sagen können, ja müssen, dass der Widerstand aus der Arbeiterbewegung lange, allzu *lange unterschätzt* wurde – unterschätzt, was sein Ausmaß, seine Dauer und auch seine Wirkung anlangt. Und das gilt insbesondere für die Kriegszeit.

Das lag wohl auch an einem zu engen Begriff des Widerstandes, nach dem bis weit in die 1960er Jahre hinein nur der Versuch des Staatsumsturzes als politischer Widerstand galt. Da blieb außer dem Attentat der Gruppe um Graf Stauffenberg und dem Anschlag Georg Elzers, der damals freilich kaum gewürdigt wurde, nicht viel an Widerstand. Doch diese Position darf inzwischen als überholt gelten. Das gilt im übrigen auch für die Ausweitung des Widerstandsbegriffs in den 1980er Jahren – als allenthalben Zeichen von Resistenz und Widerstand entdeckt wurden. Heute wird in der Forschung allgemein akzeptiert, dass nicht jede Ausprägung von Dissens als politischer Widerstand zu bezeichnen sei. Verweigerung von Loyalitätsbekundungen (z.B. Vermeidung des Hitler-Grußes oder der Beflaggung des Hauses), partielle Nicht-Übereinstimmung mit Einzelfragen nationalsozialistischer Politik, die sich z.B. in punktueller Kritik (damals als „Meckern“ oder „Miesmachen“ verfemt) zeigte, und politischer Widerstand werden als unterschiedliche Formen nicht-regimetreuen Verhaltens begrifflich voneinander getrennt. Dabei gilt als politischer Widerstand ein auf grundsätzlicher Gegnerschaft beruhender und auf Behinderung oder Zerstörung von Kernbereichen des nationalsozialistischen Regimes zielendes Verhalten. Immer aber basierte der Widerstand auf einer ganz persönlichen Entscheidung, in der sich die Ablehnung der vom Staat begangenen bzw. autorisierten Verletzungen der Menschenrechte, feste Moral- und Rechtsvorstellungen sowie Mut und Risikobereitschaft mit dem Geschick verbanden, trotz allen Terrors verbliebene Handlungsspielräume zu nutzen. Legt man einen solchen Begriff von politischem Widerstand zugrunde, so gerät auch und gerade der Widerstand aus der Arbeiterbewegung in den Blick.

In vier Schritten möchte ich mit Ihnen den Widerstand aus der Arbeiterbewegung im Krieg ausmessen: Zunächst geht es um das Exil, dann um die Lage „der“ Arbeiterschaft im Reich, danach um die Widerstandsarbeit im Reich und schließlich um den Umgang mit denjenigen, die Widerstand geleistet hatten, in der Nachkriegszeit. Eine Bilanz soll den Vortrag abrunden.

I

Schauen wir zunächst auf das politische Exil: Insgesamt flohen etwa 30.000 bis 40.000 Menschen aus politischen Gründen ins Exil. Etwa drei Viertel der politischen Flüchtlinge, also zwischen 22.000 und 30.000 Personen, waren Angehörige der unterschiedlichen Organisationen der Arbeiterbewegung; darunter waren etwa 5.000 Frauen.

Mit dem Beginn des Krieges mussten viele Exilierte vor den deutschen Truppen weiterfliehen. Sozialdemokraten, Sozialisten und Gewerkschafter zogen vor allem nach England und Schweden, manche auch in die USA und nach Lateinamerika. London wurde zum wichtigsten Zentrum dieser Gruppen, in dem wegweisende Weichenstellungen für die deutsche Nachkriegsentwicklung erfolgten: Hier residierten u.a. der Exil-Vorstand der SPD (Sopade) um Hans Vogel, Erich Ollenhauer und Fritz

Heine; zudem führende Vertreter der österreichischen und sudetendeutschen Sozialdemokraten, geführt von Wenzel Jaksch; auch die Landesvertretungen von sozialistischen Zwischengruppen, die sich vielfach als „Brücken“ zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus verstanden, so die von Neu Beginnen um Karl Frank, Richard Löwenthal, Waldemar von Knoeringen und Erwin Schoettle, des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) um Willi Eichler und Minna Specht und auch der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) um Paul Walter. Schließlich hatten die Vertreter der ehemaligen Freien Gewerkschaften in London eine Landesgruppe, geleitet von Hans Gottfurcht.

Auch die Kommunisten bildeten in London eine kleine Gruppe, deren wohl bekannteste Mitglieder Wilhelm Sander und Wilhelm Koenen waren. Doch Kommunisten flohen vorzugsweise in die Sowjetunion; dort bildeten sie eine Parteileitung um Wilhelm Florin, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht; größere Stützpunkte gab es auch in anderen Ländern, neben England vor allem in Schweden, Mexiko und den USA.

Wohin es die politischen Flüchtlinge auch immer verschlagen hatte: Sie waren kaum willkommen. Von der Aufenthaltsgenehmigung über die Arbeitserlaubnis bis zum Unterhalt – überall gab es Probleme. Außerdem wurden die Flüchtlinge in den westlichen Aufnahmeländern zu Beginn des Krieges oftmals zunächst als „feindliche Ausländer“ interniert. Und in der Sowjetunion fielen nicht wenige den „Stalinschen Säuberungen“ zum Opfer, andere wurden nach dem „Hitler-Stalin-Pakt“ vom August 1939 nach Deutschland ausgeliefert. Exil – das war keineswegs ein sicherer Ort.

Zunächst ging es im Exil darum, den persönlichen Zusammenhalt der Exilierten herzustellen bzw. zu bewahren; so versuchten die jeweiligen Gruppen ihren Anhängern wirksame Hilfestellung bei der Bewältigung der Alltagsprobleme im Exil zu leisten. Das galt lange Zeit als Domäne der Frauen: Sie waren es vielfach, die sich um die Sicherung der alltäglichen Versorgung kümmerten, die mit un- oder niedrigqualifizierter Arbeit ihre Männer und deren politische Aktivitäten unterhielten, zumal die oftmals besser ausgebildeten Ehemänner oder Partner im Exil zumeist eine Entwertung ihrer Qualifikation hinnehmen mussten. Doch neben dieser eher traditionellen Rolle als Wegbegleiterin und alltägliche Unterstützerin ihrer politisch aktiven Ehemänner, die viel an Kraft und Opferbereitschaft verlangte, waren viele Frauen, wie jüngere Forschungen ergeben haben, an allen Aktivitäten des Widerstands aus dem Exil aktiv beteiligt, eben auch an der politischen Arbeit.

Politische Arbeit, das war vor allem publizistische Arbeit: Diese war vielfach sowohl gemeinsame politische Aktivität als auch Einnahmequelle. Mit ihren Publikationen versuchten sich die politischen Flüchtlinge, die auf unterschiedliche Länder verteilt waren, gegenseitig über den Stand der jeweiligen Programmberatungen und Strategieplanungen zu unterrichten und zudem – zum Teil vermittelt durch Kurierere – nach Deutschland hineinzuwirken. Eine besondere Bedeutung kam dabei dem Rundfunk zu, boten doch die für deutsche Hörerinnen und Hörer konzipierten Sendungen die Möglichkeit einer

direkten und – für die Sender – risikolosen Kontaktaufnahme mit Anhängern und Sympathisanten im Reich. Zwar gab es im Reich durchaus Vorbehalte gegen die Emigranten, die aus dem vermeintlich sicheren Ausland zu ihnen sprachen; aber dennoch erreichten die Sprecher offenbar ihre Zuhörerschaft, die einen großen Teil der als „Rundfunkverbrecher“ Verfolgten ausmachte. Die Rundfunksendungen wurden zum Anlass von Gesprächen unter Arbeitskolleg(inn)en und Freund(inn)en und bewirkten damit ein Hinterfragen der NS-Propaganda-Tiraden.

Außerdem versuchten die Exilierten aus der deutschen Arbeiterbewegung die Deutschlandpolitik der Alliierten zu beeinflussen, insbesondere durch die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Arbeiterparteien des jeweiligen Gastlandes, durch eigene Öffentlichkeitsarbeit und durch die Zuarbeit für die Informationsdienste der Alliierten; gerade letztere folgte vielfach der Einsicht, dass die nationalsozialistische Diktatur nur von außen, eben durch die Kriegsniederlage Deutschlands, zerschlagen werden könne.

Nicht wenige der Exilierten, etwa 10.000, traten in die Streitkräfte der Alliierten ein, um als Soldaten, zumeist aber als Propagandaspezialisten, Berater oder Guides und als Helfer bei den Verhören von deutschen Kriegsgefangenen an der Niederringung der Wehrmacht mitzuwirken. Der größte Anteil derjenigen, die mit der Waffe auf der Seite von alliierten Truppen oder Partisanen kämpfte, kam aus dem Umfeld der Kommunisten bzw. der sozialistischen Zwischengruppen. Ludwig Gehm vom Internationalen Sozialistischen Kampfbund sei exemplarisch genannt.

Zudem wirkten die politischen Flüchtlinge, insbesondere die Kommunisten mit dem Bund Deutscher Offiziere und dem Nationalkomitee Freies Deutschland, beim Aufbau antifaschistischer Organisationen unter den Kriegsgefangenen mit. Dank des Engagements exilierter Kommunisten strahlten das Nationalkomitee und der Deutsche Kulturbund geradezu weltweit aus. Auch wenn diese Aktivitäten gewiss Teil der sowjetischen Deutschland- bzw. Kriegspolitik waren, wird man die Akteure als Angehörige des politischen Widerstandes würdigen können, stand doch dahinter der Wunsch, ein baldiges Ende des Krieges und damit zugleich des NS-Regimes herbeizuführen und ein „neues“, besseres Deutschland zu schaffen.

Aber es gelang im Exil nicht, eine Gesamtvertretung „der“ Emigration, eine Art von „Exilregierung“ für Deutschland zu schaffen. Die Gräben zwischen den unterschiedlichen Gruppierungen waren zu tief, die Fronten zu verhärtet. Das gilt – anfangs – für die Grenzen zwischen den sozialdemokratischen und linkssozialistischen Gruppen, dann dauerhaft für die zwischen Sozialdemokraten bzw. Sozialisten und Kommunisten, zwischen dem bürgerlich-intellektuellen und dem politischen Exil, aber auch zwischen bürgerlichen Politikern und Vertretern der Organisationen der Arbeiterbewegung. Immer wieder wurde – am bekanntesten waren die von Heinrich Mann initiierten Volksfront-Verhandlungen im Pariser Exil 1936 – versucht, die Grenzen insbesondere zwischen Sozialdemokraten und Sozialisten einerseits und

Kommunisten andererseits zu überwinden. Auch in London kam es seit Sommer 1941 zu einer Reihe von Gesprächen auf höchster Ebene: Die Sozialdemokraten Hans Vogel und Erich Ollenhauer trafen sich mit Vertretern der Londoner KPD-Leitung, mit Heinz Schmidt, Bernhard Menne und Wilhelm Sander sowie Wilhelm Koenen – doch erfolglos: Eine Einigung auf ein abgestimmtes politisches Vorgehen kam nicht zustande. Die gegenseitigen Vorwürfe – „Knechte Moskaus“ und „Sozialfaschisten“ – wirkten fort; und auch die Frage der „Führungsrolle“ konnte nicht einvernehmlich geregelt werden.

Unter dem Druck des Krieges zeichnete sich allerdings im sozialdemokratisch-sozialistischen Lager eine Tendenz zur Zusammenarbeit, zum Kompromiss ab, die von den Vertretern der kleinen Zwischengruppen eine Rücknahme ihres vielfach übersteigerten Elitebewusstseins und auch weitgehenden Gestaltungsanspruchs verlangte, von der Leitung der Sozialdemokratie eine Öffnung in Richtung auf größere innerparteiliche Vielfalt. So schlossen sich die in London ansässigen sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Exilgruppen zusammen mit der gewerkschaftlichen Landesvertretung am 19. März 1941 zur „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ zusammen. Mit Leidenschaft und Akribie entwarf die „Union“ für nahezu alle Gebiete des öffentlichen Lebens – von der Kulturpolitik über die Wirtschaftsordnung bis hin zum Verfassungssystem – Neu- bzw. Wiederaufbaupläne für die Nachkriegszeit; dazu gehörten auch weitreichende Vorstellungen von der Neuordnung der internationalen Beziehungen, die insgesamt auf den Ideen von Völkerverständigung und friedlichem Interessenausgleich basierten und konkret die Einheit Europas anvisierten. Auch ein Konzept für eine „Neue deutsche Gewerkschaftsbewegung“ wurde in London verabschiedet: Vorgesehen war die Gründung von Einheitsgewerkschaften, die unabhängig von Arbeitgebern, Parteien, Kirchen und Staat sein sollten. Diese Beratungen der „Union“ ebneten nicht nur den Weg zur Gründung der Einheitsgewerkschaft, sondern auch zur Eingliederung vieler Angehöriger der sozialistischen Zwischengruppen in die SPD nach dem Ende des Krieges.

Schaut man auf die programmatischen Äußerungen, so scheinen die Konzepte für die Neugestaltung Deutschlands nach dem Ende der Diktatur gar nicht so unterschiedlich zu sein: In allen Planungen für die Nachkriegszeit hieß es, die soziale Basis des Faschismus müsse zerschlagen und eine soziale oder sozialistische, auf jeden Fall demokratische Gesellschaft müsse aufgebaut werden. Das gilt für alle Pläne – ganz gleich ob sie von der KP im Moskauer Exil, von der „Union“ in London, von Sozialdemokraten und Sozialisten wie Willy Brandt in Stockholm oder wie Friedrich Stampfer in New York entworfen wurden. Demokratie war das Schlüsselwort in den im Exil verabschiedeten Zukunftspläne: Deutlicher als je zuvor stellte sich die SPD auf den Boden der parlamentarischen Demokratie, bekannte sie sich zum Wert der Freiheit. Dabei entwickelte sie die Vorstellung nicht nur einer europäischen Einigung auf der Grundlage von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, sondern in den USA wurde zudem die Idee einer „transatlantischen Wertegemeinschaft“ vorgedacht. Und auch die Kommunisten sprachen in ihren Programmerkklärungen stets von der Notwendigkeit eines demokratischen Aufbaus. Aber bei

genauerem Zusehen fiel auf, dass unter Demokratie zwei völlig unterschiedliche Systeme verstanden wurden: Volksdemokratie und parlamentarische Demokratie – das waren zwei unterschiedliche Modelle; Anerkennung von gesellschaftlicher Pluralität, von Minderheitenschutz und von Bürgerrechten hatten in den Konzepten von Kommunisten und Sozialdemokraten einen sehr unterschiedlichen Stellenwert.

Wie sah es mit dem Erfolg der Exilpolitik aus? Gewiss: Langfristig erwiesen sich die Planungen des Exils als wegweisend für die Nachkriegszeit. Aber bezogen auf die kurzfristigen Ziele fällt die Bilanz ernüchternd aus: Die Information der Weltöffentlichkeit oder wenigstens der Öffentlichkeit des jeweiligen Gastlandes über die Situation in Deutschland stieß im Laufe des Krieges immer deutlicher an Grenzen. Das lag daran, dass mit dem Überfall der Wehrmacht auf die Nachbarländer wichtige Kommunikationswege zwischen den Exilgruppen im Ausland und den „Brückenköpfen“ im Reichsgebiet blockiert waren. Darunter litt nicht nur die Einflussnahme der Exilgruppen auf die Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen im Reich, sondern umgekehrt auch die Aussagekraft der Informationen aus dem Reich, was sich bald in der Bedeutung niederschlug, die die Behörden und politischen Partner in den Gastländern den Exilgruppen zumaßen. Und außerdem zog das Eigeninteresse der Gastländer einer Zusammenarbeit enge Grenzen. So gerieten die Exilgruppen im Westen immer stärker in Konflikt mit der alliierten Kriegspolitik: Sozialdemokratie und sozialistische Zwischengruppen lehnten die weitgesteckten Kriegsziele, konkret die Forderung der „bedingungslosen Kapitulation“ sowie die Besetzung und Teilung Deutschlands, ab. Demgegenüber identifizierte sich die KPD mit den Kriegszielen der sowjetischen Partei- und Staatsführung.

Und auch das Ziel, die Situation im Reich zu beeinflussen, wurde mit zunehmender Dauer des Krieges immer deutlicher verfehlt. Das lag zum einen an der grundsätzlichen Problematik, dass den Flüchtlingen in breiten Kreisen der deutschen Bevölkerung ein tiefes Misstrauen entgegenschlug. Und das lag auch an den Bedingungen, unter denen die Masse der Arbeiter und Arbeiterinnen, also die Adressaten der Widerstandsaufrufe, im Reich lebten.

## II

Der nationalsozialistischen Führung galt es als „Lehre des Ersten Weltkrieges“, dass eine erfolgreiche Kriegsführung auch und vor allem von der Ruhe an der „Heimatfront“ abhinge, die durch Sicherung der alltäglichen Versorgung, durch die Beschwörung der „Volksgemeinschaft“ und durch Zukunftsversprechen eines Lebens in Wohlstand „nach dem Sieg“ garantiert werden sollte. Und in der Tat: Erst mit dem Rückzug der deutschen Truppen, der nach der Schlacht bei Stalingrad im Januar 1943 an allen Fronten einsetzte, und mit den zunehmenden Bombardierungen deutscher Städte begann der Krieg immer drastischer seine Auswirkungen in Deutschland zu zeigen: Das Leid der Kriegerwitwen und

-waisen und die Not der Ausgebombten wuchsen dramatisch an. Und die Versorgung mit den lebensnotwendigen Gütern des alltäglichen Bedarfs wurde schwieriger.

Auch in den Betrieben wurde der Krieg erst nach und nach immer spürbarer: Um die von der Wehrmacht benötigten Männer in der Industrie zu ersetzen, wurden zum einen Jugendliche und ältere Männer, auch Kriegsversehrte, sowie verstärkt Frauen zur Industriearbeit herangezogen. Zum anderen wurden Zivilisten aus dem Ausland zunächst angeworben, dann zum Arbeitseinsatz nach Deutschland verschleppt. Und schließlich wurden die Insassen von Kriegsgefangenen- und auch Konzentrationslagern zur Zwangsarbeit eingesetzt. Deutsche Facharbeiter rückten vielfach zu Vorarbeitern auf. Schrittweise aber wurden die Arbeitsbedingungen auch für letztere verschlechtert: Auskämmaktionen und Stilllegungen von nicht-kriegswichtigen Betrieben bedrohten die scheinbare Sicherheit der „unabkömmlich“ Gestellten. Und der Arbeitsdruck wurde erhöht. Jede Form der Leistungszurückhaltung wurde als „Bummelantentum“ oder sogar als Sabotage verfolgt und schwer bestraft. Die im Krieg an Zahl zunehmenden „Arbeitsverfehlungen“ wird man jedoch kaum ohne weiteres als Widerstand ansprechen können, gehören Äußerungen von Leistungszurückhaltung wie z.B. „Blaumachen“ doch zu den in allen politischen Systemen und zu allen Zeiten beobachtbaren Selbsthilfemaßnahmen gegen als Zumutung empfundene Leistungsanforderungen. Allerdings muss man auch berücksichtigen, dass ein derartiges Verhalten für Arbeiter und Arbeiterinnen nicht nur extrem risikoreich, sondern auch die einzige Möglichkeit war, eine oppositionelle politische Haltung durch Taten zu beweisen. Man wird also jeden Einzelfall genau betrachten müssen, um ihn als „system-unabhängigen“ oder eben als politischen Widerstandsakt einstufen zu können.

Trotz der zunehmenden Kriegsbelastungen kam nicht die explosive Stimmung auf, die die Lage am Ende des Ersten Weltkriegs geprägt hatte. Die allgegenwärtige Bespitzelung und Denunziation einerseits, das Gefühl der Hilflosigkeit gegen die sich in Bombennächten ankündigende Niederlage andererseits trugen wohl zu einem Klima der Passivität bei, das von Hoffnung und Angst, von mürrischer Kritik und Unterordnung sowie von trotzigem Durchhaltewillen gekennzeichnet war; der wachsende Hass richtete sich nicht gegen die eigene Reichsführung, sondern gegen die alliierten „Angreifer“.

Die Formierung und Mobilisierung von politischem Widerstand wurde auch dadurch erschwert, dass die Nationalsozialisten in Jahren gewachsene Kommunikations- und vor allem Vertrauensstrukturen in der Arbeiterschaft zerschlagen hatten: Die Sanierung von Arbeiterwohnquartieren, die Einberufungen zu Wehrmacht und Arbeitseinsatz, die Heterogenisierung der Belegschaften sowie Umzüge als Folge von Produktionsverlagerungen und Bombenzerstörungen lösten alte Milieu-Verbindungen auf, und neue konnten sich in einem von Misstrauen und Spitzelangst geprägten Klima nur schwer ausbilden. Außerdem wurde der Zugriff der Kontroll- und Unterdrückungsagenturen immer effektiver. Und auch die „Volksgemeinschafts“-Propaganda blieb wohl nicht ohne Wirkung.

Doch letztlich stießen die nationalsozialistischen Bemühungen um positive Integration „der“ Arbeiterschaft ebenso an Grenzen wie die Versuche der illegalen Arbeiterbewegung, die vielfach vorhandene Misstimmung zu politischem Protest zu formieren.

Der Graben, der sich schon in der Vorkriegszeit zwischen den Gruppen aus den unterdrückten Arbeiterorganisationen in der Illegalität einerseits und der großen Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft andererseits aufgetan hatte, erweiterte sich im Krieg zu einer kaum überbrückbaren Kluft: Viele „Volksgenossinnen und Volksgenossen“ warfen denjenigen, die die Diktatur stürzen wollten, vor, sie leisteten mit ihren Aktionen einen Beitrag zur Niederlage des Deutschen Reiches. Die in Widerstandskreisen verbreitete Hoffnung, durch ein baldiges Kriegsende nicht nur endlich das Kriegsleid beenden, sondern zugleich eine vollständige Niederlage Deutschlands abwenden und maßvolle Friedensbedingungen erlangen zu können, fand wenig Verständnis.

### III

Die in die Illegalität gedrängten Arbeiterorganisationen im Reich antworteten darauf ganz unterschiedlich:

Schauen wir zunächst auf die *Kommunisten*. Bereits Mitte der 1930er Jahre hatte die KPD schwere Einbrüche der Gestapo in ihre Organisation verzeichnen müssen. Doch der Widerstand kam dadurch nicht zum Erliegen. Die Berichte über das kommunistische Vorgehen im Spanischen Bürgerkrieg, über die Moskauer Schauprozesse und vor allem der „Hitler-Stalin-Pakt“ 1939 haben dann zu einer partiellen Lähmung des kommunistischen Widerstandes beigetragen. Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 machte den Weg frei für eine neue Intensivierung des kommunistischen Widerstandes im Reich und im Exil. Schon 1939 hatte die Auslandsleitung der KPD vor den deutschen Truppen fliehen müssen; sie war nach Stockholm umgezogen und versuchte die Verbindung zwischen der Moskauer Parteiführung und den Widerstandsgruppen im Reich zu organisieren. Doch angesichts der schwierigen grenzüberschreitenden Kontakte während des Krieges arbeitete der Widerstand der Kommunisten im Reich vielfach weitgehend eigenständig weiter: Einige der aus KZ oder Zuchthaus entlassenen Funktionäre nahmen die Widerstandsarbeit wieder auf; sie gründeten neue Zellen auf lokaler Ebene und versuchten regionale Netze aufzubauen. Die KPD versuchte – und das ist unter den Bedingungen der NS-Diktatur besonders bemerkenswert – immer wieder, eine Parteiorganisation mit lokalen und betrieblichen Gruppen sowie Abschnittsleitungen im Untergrund aufzubauen bzw. aufrechtzuerhalten. Trotz aller Rückschläge, trotz einer Vielzahl von Verhafteten und Ermordeten, gelang es ihr stets aufs Neue, die dadurch gerissenen Lücken zu schließen, so dass die KPD fast bis zum Ende des Krieges ein oftmals mehrere Regionen umfassendes Netz von Widerstandsgruppen hatte.



Die größten und bekanntesten Gruppen seien wenigstens genannt: Da war die Gruppe um Georg Schumann in Leipzig und die um Robert Uhrig in Berlin. Die Gruppe Uhrig unterhielt zudem Kontakte zu Sozialdemokraten und zur Gruppe von Herbert Baum, deren Mitglieder überwiegend Juden waren und die 1942 nach dem Brandanschlag auf die NS-Ausstellung „Das Sowjetparadies“ zerschlagen wurde. Etwa zur selben Zeit wurde die Gruppe Uhrig „aufgerollt“. Für die kommunistische Widerstandsarbeit in der zweiten Kriegshälfte sind insbesondere zu nennen: Die Gruppe von Franz Jacob und Anton Saefkow in Berlin und von Bernhard Bästlein in Hamburg, die auch Kontakte zu mehreren Betrieben unterhielt; sie hatte etwa 500 Mitglieder, davon 100 Frauen; im Juli 1944 wurde sie durch Verhaftungen schwer getroffen. Schließlich ist an Wilhelm Knöchel zu denken, der versuchte die kommunistische Widerstandsarbeit überregional zu vernetzen; er wurde bereits Anfang 1943 verhaftet, die Gruppe dann im Februar 1945 zerschlagen. Alle Genannten wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Neben der Organisationsarbeit stand im kommunistischen Widerstand – außer der Unterstützung von Inhaftierten und deren Familien – die öffentliche Erkennbarkeit im Vordergrund. Bis zum Ende des Krieges druckten Kommunisten im Untergrund „Zeitschriften“, Flugblätter und Streuzettel, die sie in risikoreichen Aktionen „verteilten“. Auch bemühten sie sich um Kontakte zu Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen – insbesondere zu denen aus der Sowjetunion, mit dem Ziel, das Überleben der Ausgebeuteten zu erleichtern und gemeinsam Aktionen gegen den NS-Terror zu organisieren. Vereinzelt wurden, wohl eher aus Mitmenschlichkeit, denn aus spezifisch kommunistischer Motivation, auch untergetauchte Juden unterstützt oder versteckt. Weil oft vergessen, sei hier erwähnt, dass auch Frauen als Instrukteurinnen arbeiteten, Druck-, Kurier- Schmuggel- und Verteildienste übernahmen und sich an den Diskussionen über politische Strategien und Ziele beteiligten. Genannt sei – als eine von vielen – Lore Wolf. Mit ihren Aktivitäten demonstrierten die Kommunisten, dass „die KPD lebt“. Dass die Gruppen des Widerstandes oftmals rasch zerschlagen wurden, lag zum einen an Denunziationen, vor allem aber am Verfolgungsdruck, den die Gestapo, z.B. mit dem Einschleusen von V-Leuten, entwickelte. Das hohe Risiko war auch auf strukturelle Probleme der kommunistischen Widerstandsarbeit selbst zurückzuführen: Der Wille, durch Aktionen in die Öffentlichkeit hineinzuwirken, und der Wunsch, die Organisationsbasis durch Kontakte zu bislang nicht persönlich bekannten Personen zu verbreitern, erhöhten die Entdeckungsgefahr.

Auch wenn der von der KPD-Führung immer wieder geforderte Aufbau einer flächendeckenden Massenpartei im Untergrund nicht gelungen ist, so kann man wohl davon sprechen, dass der kommunistische Widerstand insgesamt durchaus massenhaften Charakter hatte. Von den insgesamt rund 300.000 KPD-Mitgliedern des Jahres 1932 gerieten während der nationalsozialistischen Herrschaft etwa 150.000 für eine mehr oder weniger lange Zeit in Haft. Jüngere Untersuchungen zeigen, dass der Anteil von Frauen an den Widerstandsaktivitäten beachtlich war: 1933 waren gut 10 % der Mitglieder der KPD Frauen, und in einigen der wegen politischer Straftaten eingeleiteten Gerichtsverfahren waren

etwa 10 % der Angeklagten Frauen; das gilt z.B. für den Prozess der Hamburger Bästlein-Gruppe und auch der Berliner Knöchel-Gruppe. Auch in der Baum-Gruppe spielten Frauen, z.B. Hilde Jadamowitz, eine wichtige Rolle. Und von den 139 im Herbst 1942 im Zusammenhang mit der „Roten Kapelle“ Festgenommenen waren 52 Frauen, darunter – um wenigstens eine zu nennen – Cato Bontjes van Beek.

Die im Widerstand tätigen Kommunisten wird man nicht ohne weiteres in Haftung nehmen dürfen für die Terrorherrschaft Stalins und die Politik der deutschen KP-Führung in Moskau bzw. der späteren SED-Führung. Die meisten waren tapfere und anständige Kämpfer und Kämpferinnen für eine bessere Welt. Sie waren Antifaschisten, gehörten aber selbst einer Bewegung an, die ihrerseits eine Alleinherrschaft anstrebte und von der Sowjetunion und Stalin abhängig war. Das macht das Bild zwiespältig, und doch ist festzuhalten, dass die Kommunisten ein Teil des Widerstandes gegen die NS-Diktatur waren.

Der *sozialdemokratische Widerstand* – getragen von Gruppen ehemaliger SPD- und auch Gewerkschafts-Mitglieder und vor allem -Funktionäre – folgte anderen Vorgaben: Die sozialdemokratische Parteiführung nahm die durch den Krieg verursachte Beschränkung der Verbindung zwischen Exil und Widerstand im Reich hin, wohl wissend, dass jeder Versuch der persönlichen Kontaktnahme die Gruppenmitglieder im Reich gefährden würde; auch verzichtete man aus diesem Grund bewusst darauf, die im Reich lebenden Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen zum Aufbau einer Massenorganisation im Untergrund aufzufordern. Im übrigen versprach man sich im Londoner Exil nicht wirklich viel von der Organisation des innerdeutschen Widerstandes, ging man doch davon aus, dass das NS-Regime nur von außen, durch die Niederlage im Krieg, gestürzt werden könnte.

Viele der SPD- und auch Gewerkschaftsmitglieder hatten sich nach dem, wie sie meinten, „schmachvollen“ Ende ihrer Organisationen im Frühjahr 1933 wohl mehr oder weniger resigniert ins Privatleben zurückgezogen. Nicht wenige von ihnen hielten aber in Form von Nachbarschaftshilfe und privater Geselligkeit den Kontakt aufrecht; damit immunisierten sie sich gegen die Versuchungen der nationalsozialistischen Ideologie und Propaganda, der viele – auch in der Arbeiterschaft – erlagen. Ihr Widerstand äußerte sich im Abhören verbotener Auslandssender, im Austausch von regimekritischen Ansichten und in Planungen für den Wiederaufbau des demokratischen politischen Lebens nach dem Ende der Diktatur – im kleinen Kreis. Auch das Verfertigen und Verteilen von Flugschriften, in denen über die Situation in den Betrieben, über die Versorgungslage und über den Kriegsverlauf berichtet wurde, gehörte zu den Widerstandsaktivitäten. Zu nennen ist schließlich die Unterstützung von Untergetauchten, die in der Illegalität lebten, und von Angehörigen von Inhaftierten. In einzelnen Fällen gab es auch Kontakte zu Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen und Kriegsgefangenen. Auch „Rettungswiderstand“, also Hilfe für untergetauchte Juden, kam vor, gehörte aber nicht zu den vorrangigen Aufgaben der Widerstandsgruppen. An all diesen Aktivitäten beteiligten sich auch Frauen – vom Besorgen von Papier über das Abziehen der Matrizen bis hin zum „Verteilen“ von Flugblättern

und Streuzetteln. Zudem sorgten sie vielfach für die „Infrastruktur“: Sie organisierten oftmals Orte für die illegalen Treffen und die Hilfe für die Familien von Verhafteten und, wie gesagt, in Einzelfällen auch von verfolgten Juden. Hinzu kam die Bereitschaft, ihren Männer oder Kindern nicht nur den Tag für Tag notwendigen Rückhalt zu geben, sondern auch die damit verbundenen Belastungen und Risiken auf sich zu nehmen.

Auch hier sollen ein paar Beispiele wenigstens genannt werden: Da ist die Gruppe von etwa 20 Sozialdemokraten in Wiesbaden, die Otto Richard um sich sammelte. In Berlin trafen sich um Friedrich Ebert jun., Max Fechner, Otto Grotewohl und Franz Künstler Gleichgesinnte, um sich über die Tagesereignisse und die Zukunft auszutauschen. Und in Nürnberg verbreiteten Xaver Büchs und Wilhelm Sponsel bis zu ihrer Festnahme im Juni 1940 unter ihren Arbeitskollegen die Nachrichten, die sie dem ausländischen Rundfunk entnommen hatten. Ähnlich agierte die Gruppe von etwa 100 Dortmunder Jugendlichen, die Paul Winzen um sich scharte. Wichtig war auch die Funktion der „Brückenköpfe“ für Informationen aus dem Exil und zwischen den Gruppen im Reich, wobei sich der Beruf des Vertreters besonders gut zur Tarnung eignete; das galt für die Versicherungsvertreter Hermann Arndt aus Görlitz und Johann Schreiter aus Bad Kreuznach und auch für Erich W. Gniffke mit seiner Firma Heibacko bzw. Grude-Herde.

Auch wenn schon lange auf konspirative Kleingruppenarbeit vorbereitet, sah die Situation bei den sozialistischen und anarcho-syndikalistischen sowie trotzkistischen *Zwischengruppen* nicht besser aus: Getragen vom Wunsch, eine Gegenöffentlichkeit herzustellen, setzten sie sich großen Gefahren aus. Zu denken ist – um auch hier wieder einige beim Namen zu nennen – an Josef (Bebo) Wagner und Hermann Frieb in Augsburg und München von Neu Beginnen, an Andreas Portune in Frankfurt/Main von der Sozialistischen Arbeiterpartei und an Änne und Jupp Kappius vom Internationalen Sozialistischen Kampfbund.

Während die SPD auf den Aufbau eines Organisationsnetzes bewusst verzichtete, versuchten die im Reich verbliebenen Gewerkschafter mit einer *Illegalen Reichsleitung* im Land einen größeren personellen Zusammenhalt zu sichern. Das war ein Kreis ehemaliger Spitzenfunktionäre, zu dem während des Krieges u.a. Walter Maschke, Otto Scharfschwerdt, Hermann Schlimme und Max Urich gehörten. Die Organisation war wohl weniger hierarchisch durchorganisiert als der Name vermuten lässt. Sie verfügte aber über ein Informations- und Kontaktnetz von mehreren 10.000 ehemaligen Gewerkschaftsmitgliedern und -funktionären, die sich für die Zeit nach dem Ende der NS-Diktatur „bereit hielten“.

Wie sah die Situation bei den *konfessionellen Arbeiterorganisationen* aus? Während sich die evangelischen Arbeitervereine schon in der Vorkriegszeit weitgehend „gleichschalteten“ und in den Dienst des „Neuen Staates“ stellten, versuchten die katholischen Arbeiter- und Gesellenvereine,

insbesondere die in Westdeutschland, ihre Organisationen so lange wie möglich – beschränkt allerdings auf seelsorgerische Aufgaben – in relativer Autonomie zu erhalten. Auch Selbstbehauptung ist unter den Bedingungen einer auf totale Durchdringung aller Gesellschaftsbereiche zielenden Diktatur ein Akt des Widerstands.

Festzuhalten ist also: Widerstand aus der Arbeiterbewegung im Zweiten Weltkrieg, das war auch „Wartestand“.

Es gab allerdings eine wichtige Ausnahme: Das waren all diejenigen, die eingebunden waren in die Planungen für die Durchführung des *Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944*. Zum engen Kreis der Gruppen, die den Staatsumsturz vorbereiteten und Vorsorge für die Zeit danach betrieben, gehörten einige Dutzend Angehörige bzw. Funktionsträger der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen und auch christlich-sozialen Arbeiterorganisationen; diese waren vernetzt mit einer großen Anzahl von Vertrauten im Reich, die vielfach ihre Bereitschaft bekundet hatten, im neuen Staat wichtige Positionen in Verwaltung und Politik zu übernehmen. Außerdem wurde der Versuch unternommen, auch die Kommunisten einzubinden: So hatten die Sozialdemokraten Julius Leber und Adolf Reichwein Kontakt zur Landesleitung der KPD: Ein erstes Treffen mit Franz Jacob und Anton Saefkow fand am 22. Juni 1944 in Berlin statt. Weitere Gespräche, auf die man sich verständigte, kamen nicht mehr zustande. Durch Informationen eines Spitzels wurden alle am Treffen Beteiligte Anfang Juli von der Gestapo verhaftet, im September/Oktober 1944 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Neben Julius Leber, Theodor Haubach, Carlo Mierendorff und Adolf Reichwein von der SPD waren an den Vorbereitungen für die „Nach-Hitler-Zeit“ mit Wilhelm Leuschner von den Freien und Jakob Kaiser von den Christlichen Gewerkschaften sowie Max Habermann vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband auch einzelne Gewerkschafter und mit Josef Wirmer und Bernhard Letterhaus auch Angehörige des sozial und demokratisch gesinnten Flügels der Zentrumsparterie bzw. der katholischen Arbeitervereine beteiligt. Gerade die Hitler-Gegner aus der christlich-sozialen Arbeiterbewegung hatten Verbindungen zu konservativen Honoratioren, vor allem zu ehemaligen Zentrums-Politikern. Sie bildeten ein „Scharnier“ zwischen den sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Gruppen und den Kreisen des national-konservativen Widerstandes, die ohne diese Vermittlung noch schwerer zu einer politischen Kooperation gefunden hätten.

Trotz der Vorbehalte und des immer wieder aufflackernden Misstrauens zwischen den Angehörigen so unterschiedlicher Gruppen wie Adel, Arbeiterbewegung, Industrie, Kirche und Militär bildeten der Wunsch, den Krieg so rasch wie möglich – auch noch zu tragbaren Bedingungen – zu beenden, und die Verwurzelung in christlichen bzw. humanistischen Moralvorstellungen sowie die Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und sozialer Reform starke Klammern, die ausreichten, ein Regierungsbündnis für die Zeit nach dem Umsturz zu vereinbaren: Neben Ludwig Beck und Carl Friedrich Goerdeler waren die

Sozialdemokraten Wilhelm Leuschner und Julius Leber als Vizekanzler oder Innenminister im Gespräch; die christlich-soziale Bewegung sollte durch Josef Wirmer als Justizminister und Bernhard Letterhaus als Minister für Wiederaufbau im Kabinett vertreten sein.

Das Attentat scheiterte, und diejenigen, die es vorbereitet hatten, mussten mit schärfster Verfolgung rechnen. Die Aktivisten des 20. Juli wurden standrechtlich erschossen bzw. zum Tode verurteilt und gehängt, darunter auch die eben genannten Vertreter der Arbeiterbewegung. Nur Jakob Kaiser gelang es, rechtzeitig unterzutauchen und sich bis zum Kriegsende zu verstecken.

Der Widerstand aus der Arbeiterbewegung hat das NS-System nicht zerstört, aber auch umgekehrt gilt: Das NS-Regime hat die Tradition der Arbeiterbewegung nicht auf Dauer vernichtet.

#### IV

Das zeigte sich direkt nach Ende des Krieges, in der Zeit des Neuanfangs 1945: Sofort nach dem Einmarsch der alliierten Truppen wurden Betriebsräte, Gewerkschaften und Arbeiterparteien wieder gegründet.

Das oft gehörte Diktum, den aus Gefängnissen und Konzentrationslagern sowie aus dem Exil zurückgekehrten Widerstandskämpfern und -kämpferinnen der Arbeiterbewegung sei in der Nachkriegszeit eine Welle von Widerwillen und Misstrauen entgegengeschlagen, stimmt nur bedingt: Zwar trafen die Aktivisten des Widerstandes, vor allem die Emigranten, im Westen Deutschlands vielfach auf Ablehnung und Verachtung. Der Widerstand – ganz gleich ob im Exil oder im Reich geleistet – stand auch nach dem Krieg unter dem Verdacht des Landesverrats, der „vaterlandslosen Gesinnung“. Ich erinnere nur an die unwürdige Behandlung der Opfer nationalsozialistischer Verfolgung, insbesondere der Frauen, als es in den 1950er Jahren um Entschädigungs- und Rentenfragen ging. Und die Bezeichnung „Emigrant“ war in weiten Kreisen der Bevölkerung ein Schimpfwort, das sich noch bis in die 1960er Jahre hinein parteipolitisch instrumentalisieren ließ. Darunter zu leiden hatten Willy Brandt, aber auch Ludwig Rosenberg und Waldemar von Knoeringen. Auch manch Sozialdemokrat warf den Exilpolitikern vor, sie hätten 1933 „kampflos kapituliert“ und dann die im Reich Verbliebenen „im Stich gelassen“ – so als hätten die Geflohenen freiwillig das Land verlassen, um sich den Kriegslasten zu entziehen.

Sah es in der SBZ bzw. DDR ganz anders aus? Schaut man auf die offizielle Politik, so wird man mit „Ja“ antworten wollen, wurden doch die Opfer des Faschismus und vor allem die kommunistischen Widerstandskämpfer und -kämpferinnen von Anfang geehrt und durch Renten abgesichert. Aber wie die Bevölkerung das mehrheitlich sah, ist doch eher unklar. Wohl nicht wenige sahen die „Gruppe

Ulbricht“ wohl primär als Vertretung der Besatzungsmacht und nicht als Teil der deutschen Widerstandsbewegung.

Nicht übersehen aber sei, dass diejenigen, die die Neugründung der Arbeiterorganisationen betrieben, das zumindest teilweise anders einschätzten. Schauen wir auf die Vertretung von Widerstandskämpfern und -kämpferinnen in den Führungsgremien der neugegründeten Arbeiterorganisationen:

Da sind zunächst die westdeutschen Gewerkschaften: Von den 11 Mitgliedern des Hauptvorstandes der IG Metall in der Bizone waren fünf ehemalige KZ-Häftlinge, und drei weitere Vorstandsmitglieder waren mehrfach verhaftet worden. Auch in den Vorständen der anderen Einzelgewerkschaften waren Remigranten und Widerstandskämpfer anzutreffen. Und nicht wenige der Mitverfasser der Londoner „Programmorschläge“ für den Aufbau einer „Neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung“ wurden wichtige Mitgestalter der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Politik im Westen Deutschlands: Die Reihe reicht von Walter Auerbach, der Staatssekretär im Arbeitsministerium Niedersachsens, später im Bund wurde, über Werner Hansen, den DGB-Landesvorsitzenden in Nordrhein-Westfalen, und Hans Jahn, den Vorsitzenden der Eisenbahnergewerkschaft, bis zu Ludwig Rosenberg, der 1962 zum DGB-Vorsitzenden gewählt wurde.

Auch die SPD schloss Remigranten und ehemaligen Widerstandskämpfer keineswegs aus Führungspositionen aus: Von den 30 Mitgliedern des ersten Parteivorstandes nach dem Krieg waren 25 in Exil oder Widerstand aktiv gewesen. Mit Kurt Schumacher wurde ein Mann zum Parteivorsitzenden gewählt, der 11 Jahre in verschiedenen Konzentrationslagern gelitten hatte; sein Stellvertreter Erich Ollenhauer war aus dem Londoner Exil zurückgekehrt. Über 17 Prozent der SPD-Bundestagsabgeordneten 1949 waren im Exil gewesen. Nicht vergessen sei vor allem der langfristig wirksame Einfluss der Remigranten: Wohl vor allem die Erfahrung des Exils in den west- und nordeuropäischen Ländern hat Lernprozesse eingeleitet, die den späteren Reformkurs der SPD förderten. Zu den Befürwortern des Godesberger Reformkurses gehörten Erich Ollenhauer, Fritz Heine und Willi Eichler, der das neue Grundsatzprogramm maßgeblich gestaltete, sowie Willy Brandt.

In der Sowjetischen Besatzungszone fällt das Bild freilich eindeutiger aus: Von den 16 Unterzeichnern des Gründungsaufrufs der KPD waren 13 im Moskauer Exil gewesen. Und von den 17 Anfang März 1946 amtierenden Abteilungsleitern des Zentralkomitees kamen 7 aus dem Exil in Moskau, je einer aus dem Exil in Frankreich bzw. Schweden, und 8 hatten Widerstand in Deutschland geleistet. Wirklich anerkannt aber waren vor allem die Rückkehrer aus der Sowjetunion, während die Remigranten aus westlichen Ländern vielfach mit Misstrauen betrachtet und bald ausgegrenzt wurden.

Dass Widerstandskämpfer und -kämpferinnen in Ost und West nach 1945 in Führungsgremien der neugegründeten Arbeiterorganisationen zum Teil prominent vertreten waren, kann freilich nicht

darüber hinwegtäuschen, dass viele von ihnen auf große Schwierigkeiten trafen, in der Gesellschaft der Nachkriegszeit ihren Platz zu finden. Doch das ist ein neues, ein anderes Thema.

#### Schlussbetrachtung

Ziehen wir eine abschließende Bilanz und kehren wir zu den eingangs gestellten Fragen zurück: Inwiefern und auch warum wurde der Widerstand aus der Arbeiterbewegung unterschätzt?

Auf den ersten Blick ist diese Geringschätzung doch schwer nachvollziehbar, schaut man alleine auf den *Umfang* des Widerstandes aus der Arbeiterbewegung: Klein waren zwar die Widerstandsgruppen, doch die Gesamtzahl der Aktivisten und Aktivistinnen erreichte eine beachtliche Größe: Hunderttausende Menschen sind während der 12-jährigen NS-Herrschaft wegen politischer Delikte verhört und verhaftet, verurteilt und inhaftiert worden. Zehntausende von Frauen und Männern wurden mit Gefängnis und Zuchthaus bestraft, wurden in die Konzentrationslager verschleppt, wurden Opfer von Folter, Mord und Hinrichtung. Bei Kriegsbeginn betrug die Zahl der aus politischen Gründen in Konzentrationslagern Inhaftierten rund 25.000; sie stieg bis März 1942 auf knapp 100.000. Nach amtlicher Statistik wurden mindestens 25.000 Menschen als politische Oppositionelle zum Tode verurteilt und hingerichtet. Dazu zählten viele Tausend Angehörige der Arbeiterbewegung aller Richtungen.

Und auch die *zeitliche Dauer* ist zu beachten: Angehörige der „klassischen“ Arbeiterbewegung leisteten von Anfang an einen aus grundsätzlicher Gegnerschaft erwachsenen Widerstand gegen das NS-Regime. Das unterschied sie von vielen der anderen Widerstandsaktivisten, die entweder nur punktuell, etwa als ihre eigenen Lebensinteressen betroffen wurden, oder auch sehr viel später – erst im Krieg – den Weg in den Widerstand fanden. Und anders als oftmals angenommen, kam dieser Widerstand, wie gezeigt, auch im Krieg nicht zum Erliegen. Vielmehr nötigt es auch aus heutiger Sicht besonderen Respekt ab, dass Angehörige der Arbeiterbewegung diesen Widerstand durchhielten, obwohl doch ein Ende des nationalsozialistischen Regimes völlig ungewiss war und erst ab Sommer 1944, mit der Landung der alliierten Truppen in der Normandie und dem Vorrücken der Roten Armee, realistischer wurde.

Schließlich ist die *Vielfalt des Widerstandes* zu erwähnen. Da ist an die Aktivitäten von Kommunisten und Sozialdemokraten, von Angehörigen der Zwischengruppen und Gewerkschaften sowie der christlich-sozialen Bewegung zu denken. Dabei kam es nur selten zur Zusammenarbeit über die Grenzen der sozio-kulturellen Milieus hinweg. Das gelang in der „Roten Kapelle“ und auch in den Gruppen, die das Attentat vom 20. Juli 1944 vorbereiteten. Trotz der gemeinsamen Erfahrung von Verfolgung und Unterdrückung wurde aber keine richtungsübergreifende Zusammenarbeit der beiden großen Strömungen der Arbeiterbewegung erreicht. War auch der Respekt zwischen dem Widerstand der jeweils „anderen“ unverkennbar, so blieben die Grenzen doch unüberwindlich. Das zeigte sich sogar in den Situationen schlimmster Bedrängnis, beim Widerstand in Haftanstalten und Konzentrationslagern.

Aber nicht vergessen sei, dass es nur hier zu einer wirklich gemeinsamen politischen Initiative von Sozialdemokraten und Kommunisten kam: dem „Buchenwalder Manifest“ vom 13. April 1945; das war ein Dokument des Willens zur gleichberechtigten Zusammenarbeit – dessen Geist allerdings nicht lange die reale Politik der beiden großen Arbeiterparteien bestimmte.

Bleibt die Frage, wie es dazu kommen konnte, diesen umfangreichen, lang andauernden und vielfältigen Widerstand gering zu achten: Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen haben seit den 1970er Jahren in mannigfachen Untersuchungen den Widerstand aus der Arbeiterbewegung aufgearbeitet. Aber im öffentlichen Bewusstsein, in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland hat dies nur unzureichend Widerhall gefunden. Warum? Vielleicht sind die eben genannten *Merkmale* des Widerstands aus der Arbeiterbewegung selbst verantwortlich dafür? Dazu ein paar Hinweise: So hat die Vielfalt von Parteien und Gruppen im Widerstand zu einer Fragmentierung der Erinnerung beigetragen, erinnerten doch z.B. Kommunisten, Sozialdemokraten sowie Angehörige von Neu Beginnen und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes jeweils primär an ihre „eigenen“ Aktivisten und Aktivistinnen bzw. Opfer – ohne dies immer zu einem Gesamtbild des Widerstandes aus der Arbeiterbewegung zusammenzufügen. Auch die große Zahl der Widerstandskämpfer und -kämpferinnen stellt die Gedenkkultur vor eine schwierige Aufgabe: Es gibt – auf den ersten Blick – nicht „die“ herausragenden Einzelnen, nicht die „Heldinnen“ und „Helden“ einer Widerstandserzählung „der“ Arbeiterbewegung. Auch ging es beim Widerstand aus der Arbeiterbewegung letztlich – bis auf das Attentat vom 20. Juli – nicht um einen Staatsstreich. Und doch erfüllen die Schicksale der Widerstandskämpfer und -kämpferinnen aus der Arbeiterbewegung alle Kriterien einer ebenso dramatischen wie packenden Geschichte, geht es doch um Charakterstärke, Mut und auch Zweifel, um Scheitern und Aufopferung. Auch sie forderten das NS-Regime heraus – ebenso wie diejenigen, deren Bilder wir dank der Verarbeitung in Filmen über Graf Stauffenberg und die „Operation Walküre“, über die Geschwister Scholl und die „Weiße Rose“, auch über „Schindlers Liste“ und vielleicht sogar über Georg Elser, den Bürgerbräukeller-Attentäter, alle vor Augen haben. So wäre es aus meiner Sicht durchaus angemessen, das Schicksal von – um nur einige zu nennen – Anton Saefkow, Bernhard Bästlein oder Wilhelm Knöchel, von Lore Wolf oder Johanna Kirchner, von Paul Winzen, von Änne und Jupp Kappius oder Ludwig Gehm und ihren Kampfgefährten und Kampfgefährtinnen literarisch oder filmisch nachzuzeichnen, um deren Wirken einer breiteren Öffentlichkeit nahezubringen.

Gewiss ist festzuhalten, dass die nationalsozialistische Diktatur nicht durch die Aktionen des Widerstandes, welcher Gruppe auch immer, gestürzt wurde; das „Dritte Reich“ versank mit der Kriegsniederlage und der Besetzung Deutschlands durch die alliierten Truppen. Doch für den Neuanfang war es von unschätzbare Bedeutung, dass es Widerstand gegeben hatte. So war es vor allem der Widerstand aus den Reihen der Arbeiterbewegung, der – nach der „kampflosen Kapitulation“ im Frühjahr 1933 – dem Anspruch auf organisatorische Kontinuität und Mitgestaltung beim Aufbau einer neuen



Demokratie nach 1945 politisch-moralische Legitimation verlieh. Außerdem zeigte gerade auch der Widerstand aus der Arbeiterbewegung, dass keineswegs *alle* Deutschen zu bedingungsloser Gefolgschaft bereit waren, dass nicht nur Angehörige der „alten“ Eliten, sondern dass Zehntausende Mitglieder der zerschlagenen Arbeiterbewegung das höchste Risiko in Kauf nahmen und ihre Ablehnung des NS-Regimes bewiesen; auch das sorgte dafür, dass sich Kollektivschuldthesen nicht durchsetzen konnten. Damit war der Widerstand, eben auch der aus der Arbeiterbewegung, eine Art von „moralischem Kapital“, das die Rückkehr Nachkriegsdeutschlands in die Völkergemeinschaft erleichterte, wenn nicht ermöglichte.

Vielen Dank, dass Sie mir die Gelegenheit gegeben haben, an den Widerstand aus der Arbeiterbewegung zu erinnern, und vielen Dank für Ihre Geduld.